

Zukunft gemeinsam gestalten

Das Wahlprogramm der SPD im Kreis Neuwied zur Kreistagswahl am 25. Mai 2014

Politik für die Menschen mit den Menschen, damit unser Landkreis eine gute Heimat mit Zukunft bleibt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten möchten, dass die gute Lebensqualität für die Menschen im Landkreis Neuwied auch zukünftig erhalten bleibt. Dies gilt für Alle: Kinder, Jugendliche und Senioren, Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Behinderung, sowie mit und ohne Migrationshintergrund. Sie alle sollen sich im Landkreis Neuwied wohlfühlen, gerne hier leben, wohnen und arbeiten.

Darum wollen wir die gewachsenen Strukturen unserer Ortskerne erhalten und wenn nötig, auch wiederbeleben. Dabei sollen die Bürgerinnen und Bürger die Erneuerungsprozesse mitgestalten und ihre Ideen einbringen.

Wir fordern und fördern Formen der Bürgerbeteiligung. Es geht um unsere Heimat! Für eine gute Lebensqualität sind soziale und gesundheitliche Angebote vor Ort wesentlich, darum wollen wir den Ausbau ehrenamtlicher und professioneller Hilfestrukturen fördern und Familien unterstützen.

Lebensqualität verbessern: Lärmschutz ist Umweltschutz

Wir wollen den Bahnlärm im Rheintal reduzieren!

Darum unterstützen wir die Anti-Bahnlärminitiativen im Rheintal und fordern gemeinsam mit ihnen eine sofortige Reduzierung des Schienenlärms durch wirkungsvolle Maßnahmen, wie dem Einbau von sogenannten Flüsterbremsen, neuen Achslagern und Drehgestellen, Geschwindigkeitsreduzierungen auf 70 km/h für laute Güterzüge in Ortsdurchfahrten, den Einbau von neuen, leiseren Weichen und von Schienenstegdämpfern sowie der Beseitigung von Schienenstößen in der Nähe von Wohnhäusern.

Zudem fordern wir gemeinsam mit den Initiativen eine Ertüchtigung von bestehenden Altbaustrecken und die Planung und den Bau von Alternativtrassen, welche das Rheintal entlasten.

Gute und sichere Arbeitsplätze in einem wirtschaftsstarken Landkreis sind die beste Sozialpolitik

Die Menschen im Landkreis Neuwied leben in einem der wirtschaftlich stärksten Landkreise von Rheinland-Pfalz. Damit das so bleibt, müssen unsere gute und moderne Infrastruktur, unser breit aufgestelltes Bildungs- und Freizeitangebot, die bürgerorientierten kommunalen Serviceleistungen erhalten und ausgebaut werden. Unser Landkreis ist nur zukunftsfähig mit zuverlässigen, qualifizierten und engagierten Menschen:

- Durch unsere aktive Wirtschaftspolitik und die besondere Unterstützung durch unsere Landesregierung werden wir weiterhin dafür sorgen, dass die Standortfaktoren stimmen.

Das gilt sowohl für die "harten" Standortfaktoren,

wie z.B. die Infrastruktur als auch für die weichen Standortfaktoren. Lebensqualität wird heute sowohl von wohnortnahen Erwerbsmöglichkeiten als auch von kulturellen und sozialen Angeboten bestimmt. So werden wir den Ansprüchen gerecht, die Unternehmen in der heutigen Zeit an einen guten Wirtschaftsraum stellen und leisten damit eine nachhaltige Beschäftigungssicherung.

- Wir wollen wohnortnahe Ausbildungs- und Arbeitsplätze durch Ansiedlung von Firmen im ländlichen Raum fördern. Hierzu gehört auch der Erhalt der Wohnbebauung in den Ortskernen durch eine Sanierungsförderung von Altbauten und die Fortsetzung des Programms "Soziale Stadt" zur Gestaltung der Wohnbereiche in den Zentren (Neuwied, Bad Hönningen, Linz).

- Das Internet ist ein globales Kommunikationsmedium, das weltweit Unternehmen oder private Nutzer in einem noch nie dagewesenen Tempo miteinander vernetzt und einen Informations- und Datenaustausch ermöglicht. Wir wollen darum den Ausbau der sogenannten schnellen Internetzugänge weiter vorantreiben. Schnelles Internet ist ein wichtiger Standortfaktor für unsere Unternehmen. Davon sollen die Wirtschaft und alle Bürger möglichst preiswert profitieren.

- Netzwerke zwischen Unternehmen und Verwaltungen werden wir weiter fördern. Genehmigungsverfahren sollen dank kooperativer Verwaltung und der Wirtschaftsförderung des Landkreises noch schneller zu Ergebnissen führen.

Mobilität erhalten und weiter ausbauen

Wir wollen

- das Erneuerungs- und Ausbauprogramm der Kreisstraßen in enger Abstimmung mit den Landesbehörden fortsetzen

- den Nahverkehrsplan fortschreiben mit dem Ziel, die Zentren mit Bahn und Bus schnell und direkt anzubinden, den Straßenverkehr zu entlasten und den ländlichen Raum zu vernetzen.

- den Ausbau des Radwegenetzes weiter vorantreiben, z. B. durch gemeinsame Aktionen mit Gemeinden und Verbandsgemeinden zur weiteren Verknüpfung des Radwegenetzes. Dazu gehören auch der erfolgreiche Lückenschluss des Radweges im Wiedtal und der Ausbau der Radwege in den Verbandsgemeinden.

Soziale Politik für Generationen

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird auch im Landkreis Neuwied stetig zunehmen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Generationen miteinander und nicht nebeneinander leben. Ältere Menschen wollen und sollen so lange wie möglich selbstständig und selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

Dabei wird das Wohnen immer vielfältiger: Haus- und Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen und genossenschaftliche Wohnformen, betreutes Wohnen und betreute Wohngruppen ermöglichen Menschen, ihren persönlichen Wünschen und Bedürfnissen entsprechend zu leben. Für die meisten von ihnen steht dabei im Vordergrund, möglichst selbstbestimmt und unabhängig leben zu können und nicht alleine zu sein. Viele wünschen sich eine Gemeinschaft, in der Familie, mit Alt und Jung oder auch mit neuen Nachbarschaften.

Daher wollen wir die bestehenden Angebote ausbauen und neue Wohnformen unterstützen.

Im Zuge der Pflegestrukturplanung streben wir den bedarfsgerechten Ausbau insbesondere der ambulanten und teilstationären Einrichtungen an. Dies gilt auch für Kurzzeit- und Tagespflegeplätze zur Entlastung der pflegenden Angehörigen.

Familien stärken - familienfreundlicher Landkreis Neuwied

Familien im Kreis Neuwied sollen sich wohlfühlen und die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Wir Sozialdemokraten wollen die Attraktivität unseres Landkreises für Familien mit Kindern weiter steigern. Dazu gehören unter anderem bezahlbarer Wohnraum, attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze, aber auch wohnortnahe Kindertagesstätten und der Ausbau der Ganztagsplätze, angefangen von der Kinderkrippe über die Kindertagesstätte bis hin zu allen weiterführenden Schularten. Familienfreundlichkeit setzt nicht nur die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf voraus, sondern zunehmend auch die Vereinbarkeit der Pflege von Angehörigen mit der eigenen Berufstätigkeit.

Familienfreundlichkeit ist inzwischen ein bedeutender Standortfaktor für Gemeinden und die ansässigen Unternehmen. Ebenso eine familienfreundliche Personalpolitik in Unternehmen. Diese Faktoren können ausschlaggebend für Fachkräfte und ihre Familien sein, sich in unserem Landkreis niederzulassen.

Im Dialog mit Unternehmen wollen wir die Öffnungs- und die Arbeitszeiten mit Kitas und Schulen, Betreuungseinrichtungen für Jung und Alt, Handel, Unternehmen, öffentlichen und privaten Dienstleistern weiter abstimmen, um den Familienalltag zu erleichtern.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Familien verbesserte Zugänge zu ortsnahen Informationen und Beratung über Angebote und Hilfen für Familien, Alleinerziehende, Senioren usw. in allen Regionen des Kreises haben. Zum Beispiel durch Familienbüros, Mehrgenerationenhäuser, Familienberatungsstätten u. ä.

Bildung / Schulen / Kita

Der Kreis Neuwied verfügt über hervorragende Bildungsangebote. Neuwied nennt man nicht ohne Grund „Stadt der Schulen“. Über 27.000 Schüler gehen im Kreis Neuwied zur Schule.

So gibt es neben den 41 Grundschulen, die von der Stadt Neuwied und den Verbandsgemeinden getragen werden, 25 weiterführende Schulen, die vom Landkreis Neuwied unterhalten und finanziert werden. Im Kreis gibt es 3 Berufsbildende Schulen, 5 Gymnasien, eine Integrierte Gesamtschule (IGS) 12 Realschulen plus, eine Waldorfschule und 10 Förderschulen.

Auch viele Kinder aus den Nachbarkreisen nehmen gerne das gute Schulangebot im Kreis Neuwied in Anspruch. Einige überregionale Schulen, wie die Blinden- und die Gehörlosenschule, werden vom Land getragen oder, wie die Christiane-Herzog-Schule in Engers, von der Josefs-Gesellschaft. Die Kreisvolkshochschule und die Volkshochschule der Stadt Neuwied bieten auch in der Erwachsenenbildung ein breites Angebot.

Um die Schullandschaft weiter zu verbessern und den Eltern noch mehr Wahlfreiheit zu ermöglichen, macht sich die SPD im Kreistag dafür stark, das Angebot an Integrierten Gesamtschulen (IGS) zu erweitern. Das ist vor drei Jahren mit der Einrichtung einer IGS in der Stadt Neuwied auch gelungen. So hat Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) auf Antrag des Kreises Neuwied an den bisherigen Standorten der Max-zu-Wied-Realschule und der Pestalozzi-Hauptschule eine IGS eingerichtet, die sehr gut angenommen wird und stark nachgefragt wird.

Die SPD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, weitere Integrierte Gesamtschulen einzurichten, wenn das die Eltern und die örtlichen Verbandsgemeinden wünschen. Der Kreistag hat die Verwaltung aufgefordert, entsprechende Prüfungen vorzunehmen und Anliegen zu unterstützen.

Weitere positive Auswirkungen der SPD-Schulpolitik sind an unseren Berufsschulen und Realschulen zu sehen. An den Realschulen Linz und Asbach konnten Fachoberschulen (FOS) eingerichtet werden. Mit den an den Berufsschulen ebenfalls vorhandenen Möglichkeiten zur beruflichen Bildung gibt es mittlerweile an 5 Berufsschul- und Realschulstandorten die Möglichkeit, das (Fach-)Abitur zu machen. Beste Voraussetzungen, sowohl für die Unternehmen, die qualifizierten Nachwuchs benötigen, als auch für die jungen Menschen selbst, die mit dieser Qualifikation an einer Universität oder Fachhochschule studieren können.

Qualität in Kindertagesstätten weiter stärken

Es ist wichtig, allen Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen und Familien bei der Erziehung bestmöglich zu unterstützen. Kindertagesstätten leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Der Zugang zu Bildung und die Qualität frühkindlicher Förderung sind für die Chancengleichheit entscheidend. Wir wollen darum die gute geleistete Arbeit in unseren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen noch weiter ausbauen. Dem Auftrag, den Kinderschutz zu verbessern, liegt bereits ein gutes Konzept zugrunde. Dennoch müssen wir dafür sorgen, dass die Hilfsangebote noch besser vernetzt werden.

Inklusion beginnt in den Köpfen aller

Mit dem Beschluss der Bundesregierung die UN-Behindertenrechtskonvention in nationales Recht umzusetzen, wird der Begriff der sog. Inklusion breit diskutiert. Ziel ist, dass jedem Menschen mit Behinderung die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglicht wird.

Dieser hohe Anspruch erfordert ein grundsätzliches Umdenken der ganzen Gesellschaft. Nur so können die bestehenden Barrieren verschwinden. Nicht der behinderte Mensch muss sich in das bestehende System integrieren sondern die Umgebung muss sich verändern, damit die Teilhabe aller gelingt.

Schulsozialarbeit langfristig sichern

Die Schulsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Bildungs- und Erziehungsauftrages in den Schulen. Schulsozialarbeiter/innen sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Elternhaus und Schule und sie sind Ansprechpartner für Schüler, Eltern und Lehrer bei auftretenden Problemen und Konflikten. Wir werden die Schulsozialarbeit auch nach dem Wegfall der Bundesmittel gemeinsam mit dem Land weiter fortsetzen und ausbauen.

Jugend beteiligen - Jugend für sich sprechen lassen

Es ist wichtig, Kindern und Jugendlichen schon früh die Wege für mehr Beteiligung zu ebnen und ihre Mitbestimmungsrechte zu verbessern. Je früher wir junge Menschen an Entscheidungen unserer Gesellschaft beteiligen, umso verantwortungsvollere Bürgerinnen und Bürger können aus ihnen werden. Wir wollen daher ein Jugendparlament mit gewählten Jugendvertretern aus den Verbandsgemeinden auf Kreisebene einrichten.

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sichern

Auch im Gesundheitsbereich stellt uns die demographische Entwicklung vor besondere Herausforderungen. Das gilt besonders für den ländlichen Raum. Die immer älter werdende Bevölkerung benötigt einerseits ein höheres Maß an medizinischer Versorgung und gleichzeitig schließen zunehmend Praxen aus Altersgründen und mangelnder Nachfolge.

Zur Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung wurden von der kassenärztlichen Vereinigung sowohl in Altenkirchen als auch in Neuwied Bereitschaftszentralen eingerichtet, die die ambulante medizinische Versorgung außerhalb der Praxisöffnungszeiten sicherstellen sollen.

Allein die Bereitschaftszentralen sind nicht ausreichend und werden den Erfordernissen im ländlichen Raum - wie z. B. in der Verbandsgemeinde Asbach - aufgrund der großen Entfernungen zu den Bereitschaftszentralen nicht gerecht.

Diesen Fehlentwicklungen im ländlichen Raum muss entgegen gewirkt werden: Das Zukunftsprogramm des Landes sieht beispielsweise die Kostenübernahme der Ausbildung zu Versorgungsassistenten und Versorgungsassistentinnen in der Hausarztpraxis (VERAHs) vor. Diese übernehmen in Absprache mit dem

behandelnden Hausarzt /Hausärztin unter anderem Hausbesuche und entlasten somit die Ärzte. Durch die Landesförderung können im Jahr 2014 immerhin 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rheinland-pfälzischer Hausarztpraxen zu VERAHs ausgebildet werden. Das Land Rheinland-Pfalz hat zudem seit 2011 ein Förderprogramm zur Praxisgründung bzw. Praxisübernahme als Hausärztin /Hausarzt aufgelegt. Wir wollen, dass dieses Programm auf den Kreis Neuwied übertragen wird.

Umweltpolitik hat viele Facetten

Zukunftsorientierte Energiepolitik

Der schonende und bewusste Umgang mit Energie ist für uns alle eine große Herausforderung. Der Landkreis Neuwied hat in seinen eigenen Gebäuden (Schulen, Turnhallen, Verwaltungseinrichtungen) in enger Zusammenarbeit mit den Energieversorgern umfangreiche energetische Sanierungen durchgeführt. Das in 2012 erarbeitete Klimaschutzkonzept des Kreises gibt wichtige Handlungsempfehlungen in Sachen Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und Klimaschutz und zeigt anhand von guten Beispielen Entwicklungspotenziale auf. Die SPD ist auch weiterhin ein Garant für eine zukunftsorientierte Energiepolitik, die den Kreis voranbringen wird.

Energiewende und Klimaschutz stehen in einem engen Zusammenhang, da der Energieverbrauch unter Einsatz fossiler Brennstoffe durch die Freisetzung von CO² unmittelbare Auswirkungen auf das Klima hat. Es gilt als erwiesen, dass die massive Anreicherung der CO² - Konzentration seit der Industrialisierung zu der stetig steigenden Erderwärmung beiträgt.

Auf den Klimaschutzkonferenzen seit den 1990er Jahren wurde als weltweites Ziel eine Begrenzung der Erderwärmung von max. 2 Grad Celsius angegeben. Nach dem bisherigen Verlauf ist diese Marke allerdings nur noch durch größtmögliche Anstrengungen einzuhalten. Deshalb sind alle Staaten, die Wirtschaft und jeder Einzelne gefordert, seinen Beitrag zur Erreichung dieses Zieles zu erbringen. Der Atomausstieg nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima am 31.3.2011 verlangt zusätzliche Anstrengungen, die aber auf vielen Feldern (noch) nicht erkennbar sind (kein Tempolimit auf deutschen Autobahnen, Verhinderung steigender Abgaswerte der KFZ auf EU-Ebene durch die Bundesregierung, Verzicht auf Vergabe strengerer Effizienzklassen bei Elektrogeräten, Versagen beim zügigen Ausbau der Stromtrassen, unzureichende Förderung energetischer Maßnahmen beim Gebäudebestand usw.).

Umso mehr müssen die Kommunen in Zusammenarbeit mit dem Land alle Anstrengungen unternehmen, um den erforderlichen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Da der Gestaltungsspielraum des Landkreises im Klimaschutz begrenzt ist und der Landkreis über keine Planungshoheit verfügt, ist er in erster Linie bei seinem Gebäudebestand (kreiseigene Schulen, Verwaltungsgebäude etc.) und bei seinen Einrichtungen Kreiswasserwerk und der Abfallbeseitigung in der Verantwortung.

Dabei gilt allgemein folgende Rangordnung:

- Energieeinsparung
- Energieeffizienz
- Ersatz fossiler Energie, durch regenerative Energieformen

Im Hinblick auf die Vielzahl der Gebäude ist zu fordern:

- Fotovoltaik und Solarthermie auf allen geeigneten Dächern installieren
- einen Niedrigenergiestandard mittelfristig für alle Immobilien erreichen
- Einsatz regenerativer Brennstoffe für den Wärmerestbedarf
- Bau von Nahwärmenetzen bei geeigneten Gebäudezusammenschlüssen
- Nutzverhalten schulen und optimieren
- Beim Fuhrpark soll günstiger Verbrauch und CO₂ Ausstoß ein wesentliches Anschaffungskriterium sein
- Begutachtung von Kreiswasserwerk und Abfallbeseitigung zur Energieoptimierung

Die Windkraft ist der Hauptträger der Energiewende. Stromspeicherung und Transport stellen ein großes Problem dar, darum brauchen wir mehr dezentrale auflandige Anlagen. Wir unterstützen daher die vielfältigen Bemühungen vor Ort - im Einklang mit den Bedürfnissen der Menschen, der Umwelt und der vorhandenen Ökosysteme - Windenergieanlagen zu errichten.

Neben dem eingegrenzten energiepolitischen Verantwortungsbereich der kommunalen Familie hat der Landkreis dennoch Vorbild-, Koordinierungs- und Unterstützungsfunktion, insbesondere gegenüber den Gemeinden, der Wirtschaft und der Bürgerschaft.

Als Beispiele sind zu nennen: Die Erstellung eines Solarkatasters für alle Dächer im Kreis, der Verzicht auf die Beitragserhebung beim Ersatz „nicht abgeschriebener“ Straßenbeleuchtung durch LED Lampen, die Sicherstellung der Vernetzung von Energieagentur, Mittelstandsförderung, Verbraucherschutz und Energiemanager in der Raiffeisenregion und gemeinsame Aktivitäten zur Umsetzung der Energiewende. Über allem muss die Verpflichtung stehen:

„Wenn wir die Welt verändern (verbessern) wollen, müssen wir bei uns selbst beginnen“.

Bürgernahe und zukunftsorientierte Abfallbeseitigungspolitik

Das von der SPD seinerzeit eingeführte erfolgreiche Konzept der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) in Linkenbach und das damit verbundene bürgerfreundliche und kostengünstige Abholssystem wird die SPD

weiter entwickeln und ausbauen.

Höchste Priorität beim Betrieb der MBA Linkenbach hat für uns der Schutz vor Emissionen für die Bürgerinnen und Bürger in den angrenzenden Ortsgemeinden.

Wasser ist Leben

Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Daher gilt es, die Versorgungssicherheit auch bei einem Teil- oder Totalausfall der Anlagen zu erhalten. Die SPD wird den Bürgern sowohl eine Abgabe des Trinkwassers zu erschwinglichen Preisen als auch mittelfristig stabile Gebühren ermöglichen. Wir wollen auch die Versorgung kleiner Siedlungsbereiche, wie z.B. landwirtschaftliche Gehöfte ermöglichen. Dazu bedarf es eines weiteren Netzausbaus, der Ertüchtigung der Gewinnungsanlagen und des Netzes, natürlich auch unter dem Gesichtspunkt der Energieeffizienz.

Städte und Gemeinden finanziell besser ausstatten

Wir Sozialdemokraten setzen uns für eine spürbare Verbesserung der Kommunalen Finanzausstattung durch Bund und Land ein. Denn „kommunale Selbstverwaltung“ funktioniert nur, wenn die kommunale Finanzausstattung auch ausreicht. Das ist nach unserer Auffassung nicht der Fall. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass Bund und Land ihre Finanzausweisungen und Kostenbeteiligungen an den Gemeinden, Städten, Verbandsgemeinden und Landkreisen erhöhen. Besonders die Landkreise als Aufgabenträger der Sozial- und Jugendhilfe benötigen dringend höhere Zuweisungen. Weil die Finanzausweisungen bisher zu niedrig waren, hat der Kreis Neuwied gegen den „Finanzausgleich des Landes“ geklagt und vor dem Verfassungsgericht gewonnen. Davon profitieren jetzt auch viele andere Städte und Kreise.

Der Kreis Neuwied hatte in den zurückliegenden Jahren Haushaltsdefizite von bis zu 20 Mio. Euro pro Jahr. Nach der erfolgreichen Klage und dem daraufhin geänderten Finanzausgleichsgesetz, ist wieder Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. Wir Sozialdemokraten werden weiter dafür eintreten, dass Bund und Länder ihre Finanzausweisungen so weit erhöhen, dass damit auch alle Soziallasten finanziert werden können. Denn die Finanzprobleme des Landkreises Neuwied sind ausschließlich auf die immer weiter steigenden Kosten für die Sozial-, Behinderten- und Jugendhilfe zurückzuführen.

Die Aufgaben sind dabei weitgehend durch Bundesgesetze bestimmt.

Darum ist es im Rahmen der „Konnexität“ (wer bestellt - bezahlt) geboten, dass der Veranlasser (also der Bund) auch die Kosten erstattet.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zur Großen Koalition in Berlin konnte die SPD einen weiteren Erfolg erzielen. Besonders Ministerpräsidentin Malu Dreyer war es, die sich für eine angemessene Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe eingesetzt hat und dies mit Erfolg!

Denn im Vertrag steht ohne Finanzierungsvorbehalt, dass den Kommunen hierfür zukünftig 5 Mrd. Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden sollen. Das würde dem Kreis Neuwied eine weitere Entlastung von ca. 10 Mio. Euro bringen. Dadurch könnte endlich der Schuldenabbau (zurzeit 210 Mio. Euro) beginnen und danach eine Senkung der Kreisumlage erfolgen, wodurch die Städte und Gemeinden einen höheren Anteil von ihren Steuereinnahmen behalten könnten.

Hierfür werden wir uns stark machen.

Freizeit und Tourismus

In die Schönheiten unserer einzigartigen Region einladen

Für Rheinland-Pfalz und auch für unseren Landkreis ist der Tourismus ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Gleichzeitig ist er ein Beitrag zur Lebensqualität in unserer Region. Unsere Region am Rhein und im Westerwald ist lebens- und liebenswert. Wir verfügen über ganz besondere und einzigartige Natur- und Kulturlandschaften mit attraktiven Dörfern und Städten und mit gastfreundlichen Menschen. Wir arbeiten mit an der Tourismusstrategie 2015 des Landes und können die Themenfelder Wandern, Radfahren, Wein- und Weinkulturlandschaften sowie die Gesundheit bestens einbringen. Damit gehen wir den Weg, unseren Landkreis besonders hervorzuheben.

Die Premiumwanderwege „Rhein-Steig“ und „Westerwald-Steig“ sind dabei beste Beispiele. Wir fördern und unterstützen, dass Qualität und Service im Mittelpunkt touristischen Handelns stehen. Dabei ist die enge Zusammenarbeit mit den vielen touristischen Anbietern aus Gastronomie, Hotellerie und den touristischen Einrichtungen und Verbänden notwendig und weiter zu entwickeln. Wir möchten, dass Gäste und Einheimische sich wohl fühlen, Entspannung finden und unsere Region genießen.

Ohne Ehrenamt und Engagement geht nichts

Wenn wir die Vitalität unserer Orte behalten wollen, dann müssen wir den Feuerwehren, dem Rettungswesen, unseren Vereinen und allen anderen ehrenamtlich tätigen Bürgern noch mehr Aufmerksamkeit schenken, denn eine Gemeinde ist nur dann lebendig, wenn aktive Vereine und ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger sie tragen.

Ob in Kultur, Brauchtum oder Sport - ohne die Menschen, die einen beachtlichen Teil ihrer Freizeit für das Gemeinwesen einsetzen, ist eine Gemeinde oder eine Stadt um viele Facetten ärmer. Das ehrenamtliche Engagement unserer Mitbürger macht die Lebensqualität vor Ort aus. Darum gilt es, dieses Ehrenamt noch viel stärker als bisher anzuerkennen und zu unterstützen.